

PRESSEINFORMATION PRESSEINFORMATION PRESSEINFORMATION

SPD-STADTRATSFRAKTION

Nr. 469

München, 31.07.1992

→ RV
cu ✓

Ausstieg aus der Kernenergie, Einstieg in die Endlagerung - Antrag des energiepolitischen Arbeitskreises der SPD-Stadtratsfraktion

Um der Diskussion über einen Ausstieg aus der Kernenergie einen neuen Impuls zu geben, hat der energiepolitische Arbeitskreis der SPD-Stadtratsfraktion und der Münchner SPD einen Antrag an die SPD-Bundestagsfraktion und an den Bundesparteivorstand der SPD gerichtet.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten werden darin ersucht, die von Stadträtin Hannelore Prechtel federführend konzipierten Forderungen und Ziele als Anträge in den Bundestag einzubringen.

Darüber hinaus wird der SPD-Bundesvorstand in dem Antrag aufgefordert, ein Konzept mit zeitlichen und mengenmäßigen Vorgaben, das den **Ausstieg aus der Kernenergie** ermöglicht und die entsprechenden Alternativen bei der Energieproduktion und -verwendung aufzeigt, zu entwickeln bzw. das vorhandene Energieprogramm in diesem Sinne fortzuschreiben.

Einer der Gründe für den zwingenden Ausstieg aus der Kernkraft stellt das ungelöste Entsorgungsproblem dar. Der energiepolitische Arbeitskreis fordert in seinem Antrag, daß der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen eine Absage erteilt wird, daß also MOX-Brennelemente in Deutschland weder hergestellt noch eingesetzt werden dürfen.

Stattdessen soll die **Endlagerung** von radioaktivem Material in kürzester Zeit sichergestellt werden; Brennelemente aus deutschen KKW's sollten endgelagert werden, da eine Wiederaufarbeitung - wie das Öko-Institut in einem Gutachten kürzlich nachgewiesen hat - unwirtschaftlich und sicherheitstechnisch äußerst problematisch ist. Endlager dürfen allerdings nicht als Entsorgungsnachweis für neue KKW's herhalten.

...

Ein im Antrag formuliertes drittes Ziel ist eine engere Kooperation mit denjenigen osteuropäischen Staaten, auf deren Boden Kernkraftwerke stehen, deren Sicherheitsstandard völlig unzureichend ist. Ein zweites Tschernobyl darf es unter keinen Umständen geben. In Kooperationsabkommen ist deshalb sicherzustellen, daß diese KKW's möglichst rasch stillgelegt werden. Zur Deckung des Energiebedarfs der osteuropäischen Staaten sind diesen Möglichkeiten an die Hand zu geben, die Energieverwendung rationeller zu gestalten und bei der Energieproduktion umweltverträgliche Technologien einzusetzen. Keinesfalls unterstützt werden soll der Neubau von Kernkraftwerken.

gez. Klaus Jungfer
Stadtrat/stv. Pressesprecher

SPD

**STADTRATS-
FRAKTION
MÜNCHEN**

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Bundesparteivorstand

München
21.07.1992

neue Rufnummer
[REDACTED]

- o Ausstieg aus der Kernenergie
- o Endlagerung radioaktiver Abfälle
- o Kooperation mit osteuropäischen Ländern,
um die Stilllegung aller, dem westlichen Sicherheitsstandard
nicht entsprechenden Kernkraftwerke zu erreichen

A N T R A G

Der energiepolitische Arbeitskreis der SPD-Stadtratsfraktion und der Münchner SPD ersucht den Parteivorstand um die Erstellung von detaillierten und überzeugenden Konzepten zu den angesprochenen Problemen. Diese Konzepte sollten als Anträge bei Bundesparteitagen eingebracht werden.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten werden ersucht, die Ziele dieses Antrags in Form von Anträgen im Bundestag einzubringen.

1. Es wird ein Konzept mit zeitlichen und mengenmäßigen Vorgaben entwickelt, nach dem die Bundesrepublik aus der Kernenergie aussteigt. Dabei ist auch aufzuzeigen, wie das Ausschöpfen aller Einsparpotentiale (z.B. Entwicklung von Supraleitern, Brennstoffzellen u.a.) und der Einsatz von erneuerbaren Energien (z.B. Wasserstofftechnik) durch forcierte Forschung und Erprobung vorangebracht werden können. Auch ist darzustellen, welche wirtschaftlichen Anreize oder Androhungen von Nachteilen für ein baldmögliches Erreichen des Zieles hilfreich wären.

2. Die Endlagerung von radioaktivem Material, vor allem von Brennelementen wird in kürzester Zeit sichergestellt.
3. Brennelemente aus deutschen KKWs werden ohne Wiederaufarbeitung endgelagert.
4. Mox-Brennelemente werden in Deutschland weder hergestellt noch eingesetzt.
5. Das Endlager darf nicht als Entsorgungsnachweis für neue KKWs gelten.
6. Es sind verstärkt Kooperationsabkommen mit ehemals sozialistischen Ländern, in denen KKWs in Betrieb sind, abzuschließen mit dem Ziel, daß alle nicht dem westlichen Sicherheitsstandard entsprechenden KKWs sobald wie möglich stillgelegt werden. Den betroffenen Ländern ist für die Deckung ihres Energiebedarfs der Einsatz umweltverträglicher Technologie, u. a. auch zur Gewinnung alternativer Energie zu ermöglichen. Ein Neubau von KKWs wird keinesfalls unterstützt.

B E G R Ü N D U N G

- Zu 1.) Die Kernenergietechnik wird auch von ihren Befürwortern als Übergangstechnik angesehen; sie muß wegen ihrer nicht kalkulierbaren Gefahren und den großen Problemen bei der Entsorgung sobald wie möglich ersetzt werden.
- Zu 2.) Endlagerung ist die relativ sicherste, wirtschaftlichste und umweltverträglichste Entsorgung radioaktiver Stoffe.
- Zu 3.) Die Wiederaufarbeitung von Brennstäben ist extrem umweltbelastend - es entsteht dabei ein vielfaches an radioaktivem Müll im Verhältnis zu den abgebrannten Brennelementen. Zudem ist die Wiederaufarbeitung wirtschaftlich unsinnig und führt zu waffenfähigem Plutonium in den so behandelten Brennstäben (Mox-Brennelemente).
- Zu 4.) Begründung wie bei 3.)
- Zu 6.) Die Gefahren, die ganz besonders von den KKWs in den östlichen Ländern ausgehen, sind durch die verschiedenen Unfälle und Störfälle bekannt. Sie sind eine lebensbedrohende Gefahr für uns alle.

gez.

██████████
Stadträtin